



Bethmannstr. 3 60311 Frankfurt/Main  
Fon 069 212-462 60 Fax 069 212-712 80  
www.oekolinx-arl.de + www.oekologische-linke.de

**ÖkoLinX-ARL im Römer**

Frankfurt/Main, den 10.11.2011

Jutta Ditfurth, Stadtverordnete von ÖkoLinX-ARL im Frankfurter Römer

**Zum Beginn des OB-Wahlkampfes in Frankfurt: Anmerkungen zur CDU und zu den Kandidaten der SPD**

Rede im Frankfurter Römer, Stadtverordnetenversammlung am 10. November 2011, Tagesordnungspunkt 5 »OB-Wahl«

Eine schönen guten Abend allerseits!

Wegen der repressiven Entscheidung von CDU/Grünen/SPD und FDP darf ich auf jeder Stadtverordnetenversammlung insgesamt nur wenige Minuten reden.\* Stellen Sie sich das Folgende also bitte als Zusammenfassung vor.

Erst einmal ein Kompliment, Frau Roth: Unter den Bedingungen bürgerlicher Politik war die Ankündigung Ihres vorzeitigen Rückzugs ein sehr schlauer Schachzug. Sie haben Ihre Nachfolge blitzschnell und autoritär geregelt und kommenden Konkurrenzkämpfen den Boden entzogen. Und Sie haben verhindert, dass weitere KandidatInnen ihr Interesse anmelden. Was dieses Verfahren über die innerparteiliche Demokratie bei der CDU aussagt, muss ich nicht ausführen.

Ein bisschen unglaublich ist die Legende aber schon, dass Sie die Sache zu dritt in einem einzigen Gespräch bei sich zu Hause geklärt haben. Mindestens Herr Gerhard war doch sicher informiert. Und vielleicht gab es, über ihn oder anderswie vermittelt, er ist ja Politik- und Unternehmensberater, auch Wünsche aus ihnen nahe stehenden Kapitalkreisen, Begehrlichkeiten, wen man *nicht* als OB-Kandidaten will.

Wir kommen ins fünfte Jahr der Weltwirtschaftskrise, auch das reiche Frankfurt wird durchgerüttelt. Vor allem werden die vielen Menschen, die wenig Geld haben, noch weiter in Richtung Abgrund gestoßen und viele stürzen. Da brauchen kapitalfreundliche und staatstragende Parteien dringend einen OB der autoritär befriedet, was an sozialen Unruhen und Aufständen entstehen könnte.

Aber die Menschen bräuchten eigentlich eine oder einen OB, der sich ausschließlich auf Seiten der Schwächsten stellt! So einen, das ist heute schon klar, werden sie nicht bekommen.

Frau Roth sagte in ihrem kurzen und ziemlich substanzlosen Beitrag, das man sich den »kommenden Herausforderungen stellen« müsse. Was heißt das?

Wie ist die soziale Lage? Kapitalinteressen können in Frankfurt ungebremst von einer wirklich gegenmächtigen Arbeiterbewegung auf die Stadt einwirken – sehr direkt, sehr unvermittelt, das ist die Frankfurter Spezialität. Hochhäuser kippen das Klima, versperren Frischluftschneisen, jagen die Gentrifizierung voran. An den Aus- und Einfallschneisen leben Menschen, die dank des neuen CDU/Grünen-Mietspiegels künftig auch noch mehr Miete dafür zahlen müssen, dass sie an brutalen Straßen wohnen, die sie chronisch krank machen und früher sterben lassen. Ihre Politik fördert einen Flughafen, der das Leben der Menschen noch unerträglicher macht. Allen Ernstes sind sogar noch die lächerlich unzureichenden fünf Stunden Nachtschlaf umstritten.

Die unvereinbaren Widersprüche innerhalb der CDU drücken sich auch in der Stadtplanung aus: Die bedrohte Moderne im falschen Bild der Hochhäuser soll für das kleinbürgerliche CDU-Publikum durch den reaktionären Kitsch der »Altstadtrekonstruktion« – man lasse sich diesen Begriff auf der Zunge zergehen: »Altstadtrekonstruktion« – gemildert werden.

Auf Boris Rhein komme ich ein anderes Mal ausführlicher zurück.

Jetzt hat also der OB-Wahlkampf begonnen. Da kandidiert ja nicht nur jemand für die CDU sondern auch Personen für die SPD und die Grünen, wobei der oder die Kandidatin der Grünen noch unbekannt ist. Anlass, sich die Bundesregierungspraxis von SPD und Grünen anzuschauen. Als die beiden Parteien miteinander auf Bundesebene regierten, von 1999–2005, beschlossen sie die Hartz-I bis IV-Pakete und die Agenda 2010, über welche die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* urteilte, das sei »die größte Kürzung von Sozialleistungen seit 1949.«

Rot-Grün enthemmte die moderne Sklavenarbeit, die Leiharbeit, und beschloss 1999 milliardenschwere Steuergeschenke: 'Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen, die Kapitalgesellschaft an einer Kapitalgesellschaft hält, sind nicht steuerpflichtig.' Selbst die Allianz AG hatte sich statt der bis dahin gültigen 40 Prozent »nur« nach 25 Prozent geseht – es wurden Null Prozent. Die Aktienkurse von deutscher Bank, Allianz, Münchner Rück schossen prompt in die Höhe.

SPD und Grünen machte in ihrer gemeinsamen Regierungszeit nicht nur deutsche Kriegsbeteiligungen möglich (Jugoslawien, Afghanistan) sondern ermöglichten höhere Dividenden denn je. Unternehmenssteuerreform. Senkung des Spitzensteuersatzes. Senkung der Körperschaftssteuer.

Diese Regierungspolitik von SPD und Grünen ist eine wesentliche Ursache, nicht alleinige Ursache, aber eine wesentliche, dafür, dass die finanzielle und soziale Lage der Menschen auch in dieser Kommune so miserabel ist. Ein paar kleine Beispiele: Nur rund 30 Prozent der künftig – Jahrzehnte zu spät – vorgeschriebene Deckung an Kita-Plätzen ist erreicht. Was bedeutet das für die Eltern, vor allem für die berufstätigen Frauen? In was für einer rückständigen Stadt leben wir eigentlich? Dann: Der saumäßige Zustand vieler Schulen. Die Zerstörung der Stadtteilbibliotheken, nie vergessen die maternalistische, wenn auch gut gemeinte Bemerkung der zuständigen Dezernentin Jutta Ebeling (Grüne), dass ihre private Bibliothek größer sei als so manch eine Stadtteilbibliothek, die geschlossen wurde. Was das bedeutete für die Kinder von sozial Benachteiligten und von vielen MigrantInnen!

Die Hetze und Ausbeutung an Arbeitsplätzen. Die Demütigung von Menschen in Ämtern, vor allem auch bei der Ausländerbehörde. Unvergessen die Frau, die im Mai 2011 im Job-Center in Frankfurt erschossen wurde, weil man, als es einen Konflikt gab, die Polizei rief und die dann den Konflikt weiter eskalierte. Ich erinnere mich auch an die vollständige, ignorante und polizeigläubige Darstellung der CDU-Sozialdezernentin Birkenfeld.

Die rot-grüne Deregulierung im Banken- und Finanzwesen hat einiges mit zur Weltwirtschaftskrise beigetragen. Frau Merkel konnte Herrn Schröder 2005 nur noch zur erfolgreichen Zerschlagung des Sozialstaats gratulieren:

»Ich möchte Bundeskanzler Schröder ganz persönlich danken dafür, dass er mit seiner Agenda 2010 mutig und entschlossen eine Tür aufgestoßen hat, unsere Sozialsysteme an die neue Zeit anzupassen. Er hat sich entschlossen zu Reformen bekannt, und er hat sie gegen Widerstände durchgesetzt. Damit hat er sich um unser Land verdient gemacht.«

Bei soviel inniger Übereinstimmung von CDU und SPD in zentralen Fragen - wo ist da die Wahl? Aber vielleicht reißen es ja die konkreten möglichen OB-Kandidaten der SPD raus. Was steht uns da bevor: Die Herren Feldmann und Paris.

Peter Feldmanns Vorbild, sagt er, sei u.a. der Münchner SPD-Bürgermeister Ude. Das ist der, der dort in München Stolpersteine zum Gedenken an deportierte Juden ablehnt und für dritte Startbahn am Münchner Flughafen eintritt. Der leichtflüchtige Herr Feldmann will sozial benachteiligte Kinder mittags mit Essen versorgt sehen. Das ist schön. Aber dass er damit ernsthaft an den Strukturen etwas ändert, die Menschen eben auch in Frankfurt verelenden lassen, und zu denen seine Partei so maßgeblich beigetragen hat, traut ihm wohl nicht einmal seine eigene Partei zu.

Dann Michael Paris. In Wahlkämpfen stellt er sich gern als lebensgroße Pappfigur in den Weg. Er nervt seit Jahren damit, dass er so aufdringlich auf Plakaten und Bildern mit Kindern für sich wirbt. Was die wohl einmal über ihn denken werden, wenn sie erwachsen sind? Das praktische an Pappkameraden ist, dass man sie zusammenklappen kann. Michael Paris hat uns einmal eine bedeutende Auskunft über sich gegeben: er sei ein metrosexueller Mann. Befragt, was damit gemeint sei, sagte er: das er sich die Achselhaare rasiere. Wollen wir das wirklich wissen?

Das Gegenteil von freier, lustvoll gelebter Sexualität ist die triste, zwanghafte Welt von Sexualität als Ware für den Kommerz oder den Wahlkampf, in dem der Kandidat sich zur Ware macht und keinen Inhalt mehr kennt als sich selbst.

Es beginnt ein hoffnungsloser Wahlkampf. Hoffnungslos für Menschen, die etwas gegen die Demütigung und Ausgrenzung von Menschen tun wollen. Und hoffnungslos für diejenigen, die für eine Natur kämpfen, die den Menschen ein gesundes Leben ermöglicht.

Manchmal muss man das konkret mit dem Allgemeinen verbinden, das Konkrete am großen Plan messen, damit die Maßstäbe nicht verrotten. Gemessen an der politischen Lage ist der geplante *Übergang* von der konservativen Moderne – Frau Roth, ich gestehe ihnen die Moderne aufrichtig zu – zu offen autoritären Strukturen. Der ist eine Antwort, die zuallererst etwas aussagt über das Ausmaß der Krise, die das Leben von so vielen Menschen verelenden wird. Aber es gibt in Deutschland und vor allem auch in Frankfurt Profiteure der Krise; für deren Interessen stehen Magistrat und parlamentarische Mehrheit.

Wir haben, was die kommenden Monate und Jahre angeht, eigene Pläne. Darin bestehen unsere Hoffnung, die Hoffnung unseres linken, radikalen, emanzipatorischen Widerstands, die nichts mit dem kommenden OB-Wahlkampf zu tun hat. Danke für's Zuhören.

---

\* *Deshalb wurde diese ohnehin gekürzte Rede im Vortrag noch einmal gekürzt.*